



# Dächer gesucht

Mit der Sonne lässt sich Geld verdienen – doch nicht jeder macht mit

VON STEFAN PREUß, VILLINGEN-SCHWENNINGEN

**VILLINGEN-SCHWENNINGEN.** Die Solarbranche in Deutschland ist seit dem Jahr 1998 im Schnitt jährlich um 35 Prozent gewachsen und gilt als der Boomsektor schlechthin. In Baden-Württemberg droht jetzt allerdings ein Wachstumsknick. Grund: Es wird zunehmend schwieriger, geeignete Dächer in hinreichendem Umfang anzupachten.

oder auch Anlegergemeinschaften von Vermögensberatern bis hin zu Fondsgesellschaften von Banken und Versicherungen fragen bei ihm nach, um in Photovoltaikanlagen zu investieren. Diese stehen vor allem in Bayern und Baden-Württemberg, weil hier die Sonnen-Einstrahlung um zehn Prozent höher liegt als anderswo in der Republik. Gut acht Prozent Rendite seien möglich, an guten Standorten auch mehr. Dabei sei die Anlage auch noch risikoarm. „Also wollen das viele Investoren im Portfolio haben“, sagt Wallhäuser.

Einige Städte im Land sind bei der Nutzung von Sonnenenergie sehr aktiv, andere haben noch Nachholbedarf. Ulm führt die Solarbundesliga der Großstädte nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit ClimaSol an. Das Unternehmen plant, projiziert und realisiert Photovoltaikanlagen. Freiburg liegt auf Rang drei. Heidelberg, Pforzheim und Karlsruhe folgen mit großem Abstand auf den Plätzen 12 bis 14. In einigen wenigen Städten geht etwas, in vielen aber nicht, und das versteht ClimaSol-Chef Lutz nicht: „Immerhin geht es hier um Klimaschutz und die Möglichkeit, eine Pacht einzunehmen.“ Gerade hat er 200 Kommunen angeschrieben und die interessanten Möglichkeiten aufgezeigt – „ganze drei sind bereit, Dächer zu verpachten“.

Gerhard Mauch, Leitender Direktor im Umweltreferat des Städtetags Baden-Württemberg, sieht in den Altsatzungen der Kommunen die Hindernisse. Doch die Dächer der alten Gebäude sind nicht die „Zieldächer“ für Solarprojekte. Turnhallen, Schulen, Universitäten, Feuerwehrgerätehäuser,

Bauhöfe, Krankenhäuser – die Liste von Zweckbauten in öffentlicher Hand, die geeignet seien, sei lang, befindet Lutz. Es gibt aber keine allgemeine Empfehlung des Städtetags an die Gemeinden, Dächer zu verpachten. Mauch: „Da mischen wir uns nicht ein.“

In der Gemeinde Münsingen hat eine Koalition aus CDU, SPD, Freien Wählern und Liberalen Bürgern die Chancen schon vor drei Jahren erkannt. Mittlerweile erzeugen über den Köpfen der 14 500 Einwohner der Gemeinde Solarpanels mit weit mehr als 200 kwp-Leistung auf 1500 Quadratmetern Dächer Strom. Thomas Noack, Leiter des Liegenschaftsamtes, hätte auch gerne in eigene Anlagen investiert, doch dafür reichen die städtischen Mittel nicht. „Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht und werden auch weitere Dächer verpachten“, so Noack, allerdings müssten die zunächst noch saniert werden. Bei den Beratungen seinerzeit im politischen Gremium ging es ganz überwiegend um den Umweltschutzgedanken, erinnert sich Noack, die Pacht nehme man gerne mit, sie sei aber nicht entscheidend gewesen.

Indes tut sich die private Wirtschaft im Land noch schwer, Dächer zu verpachten. „Laufzeiten von 20 Jahren plus fünf Jahre Option kommt vielen sehr lang vor“, weiß Lutz aus vielen Verhandlungen. Die Laufzeiten ergeben sich aus der garantierten Vergütung durch das EEG, außerdem geben die Anlagenhersteller Gewährleistung, dass die Module nach zehn Jahren 90 Prozent und nach 20 Jahren noch mindestens 80 Prozent der Leistung erbringen. „Da möchten die Investoren

natürlich noch gerne mindestens fünf Jahre dranhängen, bis die Leistung entscheidend nachlässt.“

Während bei Städten und Kommunen oft der Klimaschutzgedanke im Vordergrund stehe, würden Unternehmen häufig auf höhere Pacht bestehen, hat Wallhäuser festgestellt. „Doch das lässt die Kalkulation nicht zu.“ Derzeit wird für den Quadratmeter Flachdach etwa ein Euro Pacht pro Jahr bezahlt, bei Steildächern zwei Euro wegen der höheren Ausbeute und der günstigeren Installation ohne Aufständigung. Möglich ist vielfach, sich die Pacht für mehrere Jahre im Voraus bezahlen zu lassen. Der Erlös wird dann abdiskontiert.

Wie knapp die Dächer sind, sieht man auch daran, dass ClimaSol mittlerweile anbietet, sich bei attraktiven Standorten an den Kosten für notwendige Sanierungen der Dächer zu beteiligen. ClimaSol-Chef Lutz hofft auf ein Umdenken bei den Entscheidern in den Unternehmen und in den noch nicht aktiven Gemeinden. Selbstverständlich sei auch Photovoltaik ein Geschäft, „aber wo sonst kann man Klimaschutz mit Geldverdien verbinden und dabei so viel für das Image tun?“

Bei der Spedition Pfaff in Ravensburg-Baienfurt ist der Chef von ClimaSol mit seinen Argumenten durchgedrungen. „Wir haben es vor allem aus Gründen des Umweltschutzes gemacht“, sagte Emil Liegl, stellvertretender Geschäftsleiter bei Pfaff. In Kürze wird dort auf zwei Lagerhallen eine Anlage auf zusammen 8000 Quadratmetern Strom erzeugen – und ganz nebenbei die Kassen der Spedition klingeln lassen.

## Hausbesitzer verunsichert

**STUTTGART. (RED)** Der Einbau klimaschonender und verbrauchsarmer Heizungen ist trotz der Klimadebatte im ersten Halbjahr eingebrochen. Es seien 23 Prozent weniger moderne Heizungen eingebaut worden als im ersten Halbjahr 2006, teilten Verbandsvertreter der Heizungsbranche (BDH) mit. Ursache für den Rückgang sei vor allem die Verunsicherung der Hauseigentümer durch die Politik. So habe das Wirtschaftsministerium gewarnt, allein die Hausbesitzer müssten bis zu 60 Milliarden Euro in den Klimaschutz investieren. Dabei werde aber übersehen, dass sich solche Investitionen durch niedrigere Ausgaben für Heizöl oder Gas innerhalb von sieben bis acht Jahren amortisierten.

## Entfernungspauschale

**WIESBADEN. (RED)** Wie Mitarbeiter des Statistischen Bundesamts anlässlich der Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur Entfernungspauschale mitteilte, haben im Jahr 2002 rund 16 Millionen Bundesbürger von der damaligen Entfernungspauschale profitiert, die keine Kilometerbeschränkung vorsah. 7,9 Millionen Arbeitnehmer haben in ihren Einkommensteuererklärungen eine Entfernung zur Arbeitsstelle von mehr als 20 Kilometer geltend gemacht. Bei 8,1 Millionen betrug die Entfernung bis zu 20 Kilometer. Insgesamt wurden 70,6 Milliarden Kilometer anerkannt. Fast Dreiviertel davon entfielen auf Arbeitnehmer mit mehr als 20 Kilometer Entfernung zur Arbeitsstätte.

## Neue Innovationsgutscheine

**STUTTGART. (RED)** Die vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg angekündigte Einführung von Innovationsgutscheinen für kleine Unternehmen stößt auf positive Resonanz. Allein seit der ersten Ankündigung vor vier Wochen gingen mehr als 100 konkrete Förderanfragen von Unternehmen ein. Im Rahmen eines zweijährigen Modellversuchs sollen ab dem 1. Januar 2008 Innovationsgutscheine an kleine Unternehmen ausgegeben werden. Dafür stehen jährlich drei Millionen Euro zur Verfügung. Ziel der Innovationsgutscheine ist es, den Technologietransfer zwischen Forschung und Kleinst- und Kleinunternehmen stärker als bisher auf der Nachfrageseite anzustoßen.

## Weniger Baugenehmigungen

**WIESBADEN. (RED)** Wie Mitarbeiter des Statistischen Bundesamts mitteilten, wurden von Januar bis Juni 2007 in Deutschland Baugenehmigungen für 87 600 Wohnungen erteilt. Das waren 37,9 Prozent oder 53 300 Baugenehmigungen weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei den genehmigten Wohnungen handelt es sich bei 76 400 um Neubawohnungen in Wohngebäuden (- 38,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Der Rückgang von Baugenehmigungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern ist dabei mit - 46,8 Prozent und -49,6 Prozent deutlich höher ausgefallen als die Abnahme bei Genehmigungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (- 17,8 Prozent).

## Mehr Erwerbspersonen

**STUTTGART. (RED)** Die Erwerbspersonenzahl im Land wird nach Berechnungen von Statistikern des Statistischen Landesamts bis zum Jahr 2015 um 430 000 auf dann 5,91 Millionen ansteigen (+ acht Prozent). Im Zeitraum zwischen 2015 bis 2025 könnte die Zahl der Erwerbspersonen auf 5,53 Millionen zurückgehen. Das Arbeitskräfteangebot würde dann aber immer noch um gut 50 000 über dem Niveau von 2005 liegen. Die höchsten Zuwächse zwischen 2005 und 2025 könnten der Landkreis Biberach mit sechs Prozent sowie Ulm und Baden-Baden mit jeweils fünf Prozent erzielen. Im Landkreis Heidenheim, in Mannheim sowie im Rhein-Neckar-Kreis werden Rückgänge um drei beziehungsweise vier Prozent erwartet.

## Bauhauptgewerbe stabil

**STUTTGART. (RED)** Nach Angaben der Statistiker des Statistischen Landesamts erreichten die nominalen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) im zweiten Quartal 2007 wieder das vergleichsweise hohe Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. Der Wert der von den Betrieben fest akzeptierten Aufträge lag in den Monaten April bis Juni im Hochbau sogar um fast fünf Prozent höher als im zweiten Quartal 2006. Das positive Ergebnis hier wurde allein durch den Wirtschaftshochbau verursacht. Im Wohnungs- und im öffentlichen Hochbau meldeten die Betriebe hingegen um nahezu 12 Prozent beziehungsweise fast 14 Prozent niedrigere Auftragseingänge.

## Landesregierung im Aufwind

**STUTTGART. (RED)** Die Arbeit der Landesregierung unter Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) wird von den Selbstständigen besser bewertet als noch ein Jahr zuvor. Mit 3,25 erreicht die schwarz-gelbe Koalition eine befriedigende Schulnote, so die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung des Bundes der Selbstständigen Baden-Württemberg (BDS). Zur Jahresmitte 2006 hatte die Landesregierung mit 3,44 noch um zwei Zehntel schlechter abgeschnitten. Bei den Bewertungen zeigte sich eine auffällige Tendenz: Je kleiner ein Unternehmen, desto schlechter wird die Politik der Regierungen beurteilt.

## Aus für kleine Stadtwerke

**STUTTGART. (LSW)** Eine weitere Regulierung des Strommarktes könne zu einem Aus für kleinere Stadtwerke führen. Davor warnte Bernhard Schneider, Geschäftsführer des Verbands der Elektrizitätswirtschaft in Baden-Württemberg (VdEW). Sollte es zu den geplanten festen Erlösbegrenzungen für die Stromnetzentgelte kommen, werde das zu Lasten der kleinen Anbieter gehen, sagte Schneider. Die Politik wolle zu Recht mehr Wettbewerb, sagte Schneider. „Doch die jetzt vorliegenden Beschlüsse zur sogenannten Anreizregulierung werden genau das Gegenteil bewirken.“

## Chancen für Maschinenbauer

**FRANKFURT. (LSW)** Nach aktuellen Studienergebnissen der Deutschen Bank zu den Chancen des Maschinenbaus in Deutschland werden bis 2015 von der Weltkonjunktur alle Maschinenbaupartnern profitieren. Besonders günstig seien die Perspektiven in Russland, Indien und China. Die Maschinenlieferungen in diese Länder könnten mittelfristig um nominal sieben bis zwölf Prozent jährlich zulegen. Chancen bieten sich in geringerem Umfang auch in Osteuropa und Südamerika. Zuwächse seien hier um vier beziehungsweise zwei Prozent jährlich zu erwarten.

## Kabel BW investiert

**HEIDELBERG. (RED)** Der Breitband-Internet-Anbieter Kabel BW expandiert. „Alleine in diesem Jahr investieren wir in die Netzmodernisierung über 170 Millionen Euro“, sagt Unternehmenssprecher Martin Herkimmer. Bereits heute können dreiviertel der per Kabel erreichbaren Haushalte in Baden-Württemberg schnelles Internet über Kabel BW nutzen, bis 2008 sollen alle Kabelhaushalte an das modernisierte Kabelnetz angeschlossen sein.

## EINGESPART



Im Kampf gegen die gesundheitsschädlichen Schadstoffpartikel machen die Zuständigen im Umweltministerium Baden-Württemberg mobil. Die in einigen Städten ursprünglich bereits für Juli dieses Jahres vorgesehenen Fahrverbote werden laut eines Sprechers des Ministeriums Anfang 2008 kommen. Dann bestehen in ausgewiesenen Umweltzonen, wie es sie in Stuttgart, Heilbronn, Ilsfeld oder Schwäbisch-Gmünd geben soll, ganzjährige Fahrverbote für Fahrzeuge mit veralteter Abgastechnik der Schadstoffgruppe 1.

Die Regelung hat insbesondere in kleinen Handwerksbetrieben und bei Gewerbetreibenden für Unmut gesorgt, die sich neue Fahrzeuge nicht ohne Weiteres leisten können. Die Bundesregierung will diese Unternehmen daher nun unterstützen, ihren Fuhrpark zu erneuern.

Auf Initiative von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) wird ab sofort die Anschaffung leichter Nutzfahrzeuge gefördert. Seit dem 1. September bieten Mitarbeiter der KfW Förderbank dazu zinsverbilligte Kredite aus dem ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm an. Die Fahrzeuge, die Unternehmer an-

schaffen wollen, müssen dabei mindestens die neue Abgasnorm EURO V erfüllen. Dieselfahrzeuge müssen neben einem geschlossenen Rußfilter auch über eine Technik zur Reduzierung von Stickoxiden verfügen, wenn ihre Anschaffung gefördert werden soll. Denn ab 2010 gelten auch für diese Gruppe verschärfte europäische Grenzwerte.

Wer sich einen Überblick über die derzeit am Markt verfügbaren, umweltfreundlichen leichten Nutzfahrzeuge verschaffen will, kann dies anhand einer neuen Veröffentlichung des Verkehrsclubs Deutschland tun, die mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums entstanden ist. Unter dem Titel „Welcher Transporter soll es sein?“ informiert der Verband über aktuelle Angebote für Handwerker, Händler und Kurierdienste und zeigt auf, mit welchen Fahrzeugen auch künftig Umweltzonen sicher befahren werden dürfen.

[www.kfw-foerderbank.de](http://www.kfw-foerderbank.de)  
[www.vcd.org](http://www.vcd.org)

## Mehr Investitionen Baubranche verhalten optimistisch

**STUTTGART. (LSW/RED)** Die Baubranche im Südwesten blickt verhalten optimistisch in die Zukunft. Der Fachverband Bau rechnet für das Gesamtjahr mit einem Umsatzplus von 2,5 Prozent. Trotz einer zweigeteilten Entwicklung im Land gehe er nicht davon aus, dass der Aufschwung am Bau bereits am Ende ist, sagte der Verbandsvorsitzende Horst Köhler vergangenen Donnerstag in Stuttgart. Entscheidend für den weiteren Erfolg sei es, dass deutlich mehr in öffentliche Baumaßnahmen investiert werde. „Wer heute nichts tut, muss morgen draufzahlen“, mahnte Köhler. „Das gilt für unsere Straßen, für unser Abwassersystem, aber auch für unsere Schulen und Universitäten.“ Starke Wachstumsimpulse für die gesamte Branche im Südwesten erhofft sich der Verband von dem Milliardenprojekt Stuttgart 21.

Im ersten Halbjahr 2007 verbuchte die Branche nach Verbandsangaben einen nominalen Umsatzanstieg von 6,2 Prozent auf 4,3 Milliarden Euro. Während der Wirtschaftsbau im Vergleich zum Vorjahr um 21,6 zulegte, sanken die Erlöse im Wohnungsbau in den ersten sechs Monaten um 10,1 Prozent. Das Plus von 7,4 Prozent bei den Auftragseingängen auf 2,8 Milliarden Euro wurde vor allem im Wirtschafts-

und Straßenbau erwirtschaftet. Die Beschäftigtenzahl ging im ersten Halbjahr leicht um 0,6 Prozent auf 83 925 Mitarbeiter zurück. Die Zahl der Insolvenzen reduzierte sich um 17 Prozent auf 78.

Für die kommenden Jahre fordern die Bauwirtschaftsvertreter „angesichts des schleichenden Substanzverfalls von Gemeindestraßen und öffentlichen Einrichtungen“ einen raschen Abbau des enormen kommunalen Investitionsdefizits. „Trotz erheblicher Preissteigerungen haben die Gemeinden im Land zwischen 2000 und 2006 im Schnitt pro Jahr 11,5 Prozent weniger für öffentliche Baumaßnahmen ausgegeben als im Zeitraum 1992 bis 1999“, so Köhler. Seit einigen Monaten nun fließt aufgrund steigender Gewerbesteuern wieder deutlich mehr Geld in die öffentlichen Kassen. Diese Mehreinnahmen, so der Fachverband Bau, dürften nicht bloß zur Schuldentilgung genutzt, sondern müssten zumindest zum Teil in lang aufgeschobene Baumaßnahmen gesteckt werden.

So müsse zum Beispiel, laut Untersuchungsergebnissen des Umweltministeriums, ein Fünftel des rund 68 000 Kilometer langen Abwasserkanalnetzes hierzulande umgehend saniert werden, andernfalls drohe eine Verunreinigung des Grundwassers.